

Wohnen und Unterbringung von Geflüchteten

Eine große Zahl von Ehrenamtlichen, von neuen und bestehenden Projekten setzt sich für menschenwürdiges Wohnen und Unterbringung von Geflüchteten ein. Es handelt sich um die verschiedensten Akteure: Privatpersonen, zivilgesellschaftliche Gruppen, Betreiber von Unterkünften, Wohnungsbaugesellschaften, Dorf- und Stadtverwaltungen, Schulen und Vereine sowie Initiativen, die im städtischen und auch im ländlichen Raum aktiv sind. Während sich einerseits eine asylfeindliche Gegenbewegung mobilisierte und ihren Unmut in sozialen Medien und Demonstrationen äußerte und auch vor Anschlägen nicht zurückschreckte, formierte sich auch eine gesellschaftliche Bewegung zur Unterstützung von Geflüchteten.

In diesem Kapitel werden solche Unterstützungsbewegungen porträtiert. In einer kleinen Ortschaft bei Lüneburg etwa wurde die asylfeindliche Stimmung durch konstruktive Arbeit und enge Kommunikation umgedreht, bis fast die gesamte Bevölkerung die örtliche Notunterkunft unterstützte. Im *Refugio Berlin* wohnen Alteingesessene und Neuangekommene gleichberechtigt unter einem Dach. In einem Dorf im Oderbruch konnte die Grundschule gerettet werden, da zwei syrische Familien ins Dorf zogen und so genug Schulanmeldungen zusammenkamen. Die *Schwulenberatung Berlin* richtete die weltweit erste staatlich geförderte Unterkunft für LSBTI*-Geflüchtete ein. In Potsdam wurde ein Wohnhaus zur Hälfte mit Geflüchteten belegt, Tür an Tür mit Alteingesessenen. Ehrenamtliche unterstützen in Berlin die völlig überforderten Behörden dabei, privaten Wohnraum für Geflüchtete zu bewilligen. Und in Frankfurt (Oder) betreibt das städtische Wohnungsbauunternehmen die eigene interkulturelle Öffnung und ein Integrationslots_innenprogramm, um die Neuankömmlinge nachhaltig in die Nachbarschaft zu integrieren und dazu zu bewegen, in der Stadt wohnen zu bleiben. Diese Vielzahl von Herangehensweisen und Breite von Akteur_innen und Institutionen möchte dieses Kapitel abbilden.

ASB-Notunterkunft Sumte

Ein kleines Dorf soll ein Zehnfaches der Einwohner_innen an Geflüchteten aufnehmen. Mit der Zeit wandelt sich die anfängliche Ablehnung vieler Alteingesessener in Unterstützung und Offenheit.

Ort: Sumte

Gründung: 2015

Mitarbeitende: 60

Finanzierung: Arbeiter-Samariter-Bund

Website: <https://www.asb.de/de/unsere-angebote/integration/sumte-kleines-dorf-mit-groessem-herzen>

Vinzenz Hokema

Das Dorf Sumte liegt etwas isoliert in der niedersächsischen Elbtalaue. 102 Menschen lebten bis Herbst 2015 hier. Dann entschloss sich die Landesregierung, in einem leerstehenden Bürokomplex im Dorf eine Notunterkunft für bis zu 1000 Geflüchtete einzurichten. Als Träger wurde der *Arbeiter-Samariter-Bund (ASB)* gewonnen, der binnen zwei Wochen ein Team unter der Leitung von Jens Meier zusammenstellte und die Grundversorgung aufbaute. Zwischenzeitlich arbeiteten über 70 Menschen im Camp, 44 davon aus den umliegenden Gemeinden. Camp – so wurde die Unterkunft hier von allen genannt, um das unschöne Wort Asylbewerberheim zu vermeiden.

Das Camp erhielt zunächst heftigen Gegenwind aus der alteingesessenen Bevölkerung. In der Bürgerversammlung wurden Sorgen vor sexuellen Übergriffen und Kriminalität vorgetragen. Jens Meier und ein Vertreter des niedersächsischen Innenministeriums versuchten, die Wogen zu glätten. Schließlich wurde die Obergrenze auf 750 Geflüchtete heruntergesetzt und das Camp ging in Betrieb. Zur Zeit seiner größten Auslastung lebten dort 706 Geflüchtete. Nach einem Jahr Betrieb wurde das Provisorium wieder geschlossen. In Sumte ging es um die direkte Versorgung und Unterbringung von Geflüchteten, oft unmittelbar nach ihrer Ankunft in Deutschland. Für zuerst drei, nach Gesetzesänderung dann sechs Monate mussten sie im Camp bleiben und anschließend eigenen Wohnraum finden. In dieser Zeit, so Meier, geht es für die meisten Menschen darum, Kleidung und das Notwendigste zu erhalten, gesundheitliche Probleme in den Griff zu bekommen und nach der Flucht zur Ruhe zu kommen. Die Notunterkunft einzurichten war für das Team eine große Herausforderung.

Der Bürokomplex besteht aus einem zentralen Gang, von dem einstöckige Flachbauten abgehen. Hier war die Grundversorgung untergebracht: Schlaf-

säle, Küche und Essenssaal, Wäscherei, Kleiderkammer und ein eigener Sanitätsbereich mit medizinischem Personal. Darüber hinaus gab es zwei besondere Einrichtungen; eine improvisierte Schule und einen Kindergarten. Beide wurden von Mitarbeiter_innen, Ehrenamtlichen und Geflüchteten selbst betrieben, ebenso gab es Raum für ehrenamtlich durchgeführte Deutschkurse für Erwachsene, einen Kiosk, Filmvorführungen und Feste. Zu einer hier organisierten Weihnachtsfeier kamen 100 Menschen aus den umliegenden Dörfern zusammen. In der Küche wurde von Mitarbeiter_innen und Geflüchteten, die hier als Ein-Euro-Jobber tätig waren, selbst gekocht, nachdem es anfangs häufig Tiefkühlkost gab. Trotz dieser vielfältigen Angebote und engagierten Projekte blieb es eine Notunterkunft mit prekären Wohn- und Lebensbedingungen. Die Schlafsäle fassten bis zu 60 Betten, die »Familienzimmer« waren nur 10 m² groß und allein durch Stellwände abgegrenzt, geduscht wurde in Containern. Auch konnte die so wichtige schnelle Internetverbindung aus Kostengründen nicht eingerichtet werden. Die ländliche Lage des Camps brachte weitere Probleme mit sich. Der öffentliche Nahverkehr ist unzureichend, was nur zu einem kleinen Teil vom Fahrdienst ausgeglichen werden konnte. Die Anfangsphase der Unterbringung in Sumte beschreibt Jens Meier, der über 30 Jahre Erfahrung mit der Arbeit in Hilfsorganisationen hat, als »sieben Monate an der humanitären Front im eigenen Land«, in der »strukturierte Anarchie« geherrscht habe. Neben den logistischen Herausforderungen musste nicht zuletzt der ablehnenden Grundstimmung in der Gemeinde begegnet werden.

Um die Dorfbewohner einzubeziehen, setzte Meier auf enge Kommunikationsnetze. Täglich trafen sich alle lokal Verantwortlichen zur Lagebesprechung im Camp – die Mitarbeiter_innen der Unterkunft, der Ortsvorsteher und die Bürgermeisterin, die diensthabende Besetzung der Polizei sowie Vertreter_innen des Landkreises. Hier kamen alle Themen des Tages auf den Tisch, sodass die Perspektiven, Probleme und Lösungsansätze der verschiedenen Seiten deutlich wurden. Oberstes Ziel war es dabei, Konflikte so schnell wie möglich zu lösen und nichts zu verschleppen. »Man darf nichts überstülpen«, findet die Bürgermeisterin des Ortes, Grit Richter. »Was auch immer vorgebracht wird, man muss ernsthaft versuchen, es auszuräumen.« Eine lösungsorientierte Atmosphäre entstand, in der pragmatisch und unbürokratisch zusammengearbeitet wurde. Zudem lud Meier die Sumter Bürger_innen kurz vor Eröffnung zu einer Begehung der Notunterkunft ein, um sich ein eigenes Bild von den Gegebenheiten machen zu können. Es war ihm außerdem ein zentrales Anliegen, so viele Menschen wie möglich aus der Gemeinde direkt anzustellen, etwa für den Fahrdienst, die Wäscherei, Küche und Reinigung. Das Kalkül war, Multiplikator_innen in der Gemeinde zu schaffen, indem Alteingesessene und Neuankommende eng miteinander in Kontakt gebracht werden. In persönlichen Begegnungen sollten Lebensgeschichten geteilt und über das Kennenlernen Ängste abgebaut werden. Um eine gute Atmosphä-

re im Camp und der Gemeinde zu schaffen, legte Meier Wert auf respektvollen Umgang auf Augenhöhe zwischen Mitarbeiter_innen, Bewohner_innen und alteingesessenen Sumter_innen. Seine Person scheint für den Erfolg des Camps zentral, er war hier nicht nur Organisator, sondern auch Schlichter in Streitfällen, Seelsorger und Arbeitsvermittler. Beispielsweise stieß er Praktika im Pflegebereich für mehrere Geflüchtete an und ermöglichte einigen, eine Pfleger_innenausbildung beim ASB zu machen.

Mit der Zeit wandelte sich die Atmosphäre im Dorf. Das Experiment in Sumte scheint gelungen. Ein Bereitschaftsfahrer der Notunterkunft erzählt: »Am Anfang hatten viele Angst, man wusste ja nicht, was kommt. Aber dann ist alles kein Problem gewesen.« Viele Alteingesessene hätten es vorgezogen, wenn das Camp bestehen geblieben wäre. Die größten Schwierigkeiten der Notunterkunft kamen dann auch von außerhalb: Vor allem die Residenzpflicht sei eine große Belastung, berichtet Meier. Er betont, dass viele Geflüchtete etwa drei Monate bräuchten, um anzukommen. Danach wachse bei den meisten der Wunsch, eigenständig zu leben. Die mittlerweile gesetzlich erzwungene verlängerte Aufenthaltsdauer von sechs Monaten habe zu viel Unruhe geführt.

Die Notunterkunft in Sumte wurde als Provisorium eingerichtet. Daher lief der Vertrag des Landes mit dem ASB zum Oktober 2016 vertragsgemäß aus. Bereits seit dem Frühjahr 2016 und der Schließung der Balkanroute waren die Zahlen der Bewohner_innen gesunken. Die Erfahrungen in Sumte werden von den unterschiedlichen Akteur_innen als Erfolg gewertet. Die Stimmung im Dorf hat sich gedreht, die Geflüchteten waren den Umständen entsprechend gut untergebracht, in der Gemeinde wurden zeitweilig Arbeitsplätze geschaffen, aber vor allem gegenseitiges Verständnis erarbeitet. Hier ist jetzt mehr Raum für Neuankommende – und das Jahr 2015 hat das Dorf offenbar zusammengeschweißt.

Refugio Berlin

Ein integratives Wohnprojekt in Berlin-Neukölln bietet Gemeinschaft und ein kreatives, wertschätzendes Umfeld, um anzukommen, sich zu vernetzen und neue Ideen zu entwickeln.

Ort: Berlin

Gründung: 2015

Mitarbeitende: Alle Bewohner_innen

Finanzierung: Berliner Stadtmission

Website: <https://sharehaus.net>

Katharina Loos

Das *Refugio* Berlin ist ein Wohnprojekt der *Berliner Stadtmission* der evangelischen Kirche, das mitten in Berlin-Neukölln liegt und seit Juli 2015 besteht. Es bietet Menschen, die ihre Heimat verlassen mussten oder verloren haben, und Menschen, die nach Gemeinschaft suchen, Raum, Leben und Wohnen neu zu gestalten. Das *Refugio* versteht sich als *Sharehaus* und als ein Ort der Begegnung, der Ankommenden und Einheimischen die Möglichkeit gibt, sich kennenzulernen. Es ist ein Schutzraum, innerhalb dessen die individuellen Talente aller wertgeschätzt und gefördert werden sollen, und in dem Gemeinschaft gelebt wird.

Das Projekt ist besonders stark, weil es auf zwei Probleme unterschiedlicher Art antwortet: Einerseits schafft es bezahlbaren Wohnraum, der in Berlin sehr knapp und vor allem für Geflüchtete nahezu unerschwinglich ist. Gleichzeitig wirkt es der Trennung von Neuankommenden und Einheimischen aktiv entgegen. Es schafft einen Raum zur Inklusion innerhalb der Stadtgesellschaft, dessen Gestaltungsmöglichkeiten kreativ und vielfältig genutzt werden. Dennoch versteht sich das *Refugio* eher als Zwischenstation: Die Mietverträge sind auf 12 bis 18 Monate befristet. Diese Zeit dient Neuankommenden dazu, in der neuen Umgebung Fuß zu fassen. Danach suchen sich die Bewohner_innen einen eigenen Wohnraum.

Das Zusammenwohnen funktioniert ähnlich wie in Wohngemeinschaften oder Studentenwohnheimen. Auf fünf Etagen mit 33 Zimmern wohnen 40 Personen verschiedenen Alters und mit unterschiedlichen kulturellen und religiösen Hintergründen. Die Hälfte der Bewohner_innen sind Alteingesessene, die andere Hälfte bilden Geflüchtete. In jedem Stockwerk befindet sich ein Gemeinschaftsbereich mit Küche, wo ab und zu gemeinsam gekocht wird. Neben den Zimmern gibt es im Gebäude auch eine Wohnung, die von einer Familie bewohnt wird. Besucher_innen sind immer willkommen und können

für einige Tage in den Gästezimmern übernachten. Bei der Entscheidung, wer neu ins *Refugio* einzieht, wird sowohl die Leitung als auch die betreffende Etage mit einbezogen. Die Bewohner_innen lernen die neue Person kennen und beide Seiten entscheiden gemeinsam, ob sie sich ein Zusammenleben vorstellen können. Der rechtliche Status der Geflüchteten spielt laut Projektleitung für die Einzugsentscheidung keine Rolle.

Nicht nur gemeinschaftliches Wohnen, sondern besonders die gegenseitige Förderung von Talenten und Fähigkeiten steht im *Refugio* im Vordergrund. Damit soll den Geflüchteten ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht werden. Die Grundbedingung, um ins *Refugio* einziehen zu können, ist die Bereitschaft mitzuhelfen – im Haus sowie außerhalb. Mitarbeiten können die Bewohner_innen beispielsweise im Café des *Refugio* oder im Cateringbetrieb des Hauses. Konferenzetage, Saal, Café und Dach werden für Konferenzen, Seminare und Events vermietet, aber auch für die eigenen Workshops des *Sharehauses* genutzt. Regelmäßig werden Kurse von internationalen Köch_innen angeboten, und im Café haben Bewohner_innen die Möglichkeit, zum Barista ausgebildet zu werden. Doch nicht nur Kaffee wird zubereitet, sondern auch Essen. Von einem Bewohner stammt die relativ neue Idee, dieses mit dem Lastenfahrrad auch auf Berliner Straßen zu verkaufen. Diese Initiative entspricht dem Ansatz des Projekts, keine expliziten Arbeitsstellen im Haus zu schaffen, dafür jedoch Bewohner_innen beim Aufbau eines eigenen kleinen Unternehmens zu unterstützen. Um an Ideen zu arbeiten und diese umzusetzen, bilden sich Arbeitsgruppen. Beim Bau einer Küche finden sich beispielsweise interessierte Menschen zusammen, die Lust haben, im gastronomischen Bereich mitzuwirken oder bereits entsprechende Erfahrung mitbringen. Auf diese Weise entstehen neue Geschäftszweige, wie zum Beispiel die Schulungsküche, die von im Haus geschulten syrischen Cater_innen und von anderen Kund_innen und Initiativen genutzt wird.

Dass Entscheidungen nicht immer basisdemokratisch getroffen werden können, begründet der Leiter des Projekts, Sven Lager, damit, dass häufig schnell und effizient eine Lösung gefunden werden muss. Die Einbindung aller in alltägliche Entscheidungen wäre ihm zufolge eher eine Belastung für die Bewohner_innen, da neben Studium, Arbeit und der Mitarbeit im *Refugio* wenig Zeit bleibt. Um die Bereiche Verwaltung, Leitung und Café zu sichern, gibt es vier Vollzeitstellen. Außerdem bietet das Café zusätzlich noch ein paar Minijobs. Zwar bringen die Bewohner_innen viel Wissen und Talente mit, trotz allem fehlt zum Teil fachliche Unterstützung, beispielsweise bei unternehmerischen oder rechtlichen Fragen.

Das langfristige Ziel des *Refugios* ist es, ein gewinnbringendes Unternehmen zu sein, das sich finanziell selbst trägt. Mit dieser Perspektive werden heute bereits soziale Unternehmen vor Ort etabliert und Events organisiert. Dafür wurde das *Sharehaus Refugio* der *Berliner Stadtmission* im Juni 2016 von

der *KfW-Stiftung* als Soziales Unternehmen mit dem Sonderpreis der Jury ausgezeichnet. Neben den Einnahmen aus Café und Events sind die Mieten eine weitere Einnahmequelle. Für Neuankommende werden diese häufig vom *Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo)*, dem JobCenter oder dem Sozialamt übernommen. Das *Refugio* finanziert sich darüber hinaus vom Budget der *Berliner Stadtmission* und durch Spenden. Um Gelder für Renovierungsarbeiten im Haus zu sammeln, haben die Bewohner_innen zudem eine Crowdfunding-Kampagne in Berlin gestartet.

Das *Refugio* möchte nicht nur Wohnraum bieten, sondern Anlaufort sein für alle, die an dem Konzept *Gemeinschaft und gemeinschaftliches Wohnen* interessiert sind. Auf Kommunikation, Partizipation und regelmäßigen Austausch wird viel Wert gelegt. Regelmäßig finden Tanzabende statt, aber darüber hinaus gibt es vielfältige Gelegenheiten zu Begegnung, Austausch und Lernen. Auf dem Dach des Gebäudes ist in Kooperation mit einer Gruppe der *Technischen Universität Berlin* und der Initiative *Über den Tellerrand e.V.* ein Garten geplant worden. Einer der Räume wird als Werkstatt von der Initiative *Rückenwind e.V.* genutzt, die zusammen mit Geflüchteten Fahrräder repariert. Als Möglichkeit zum Deutschlernen findet im *Refugio* regelmäßig das Sprachcafé statt. Dieses ist kostenlos und einige Nachbar_innen beteiligen sich daran. Gelernt wird ganz einfach durch Konversation, nicht zuletzt, damit alle miteinander ins Gespräch kommen.

Mittlerweile ist das *Refugio* bei vielen Berliner_innen bekannt, einerseits durch diverse Berichte in den Medien, aber auch durch Mund-zu-Mund-Propaganda. Da viele Bewohner_innen in Notunterkünften arbeiten, werden die Informationen zum Projekt dorthin weitergetragen und erreichen viele Geflüchtete. Die Stimmung im Haus und im Café ist respektvoll und gleichzeitig familiär. Das Projekt befindet sich in ständigem Wandel und wächst an neuen Ideen und Möglichkeiten.

Gemeinde Golzow

Ein schrumpfendes Dorf im Oderbruch bittet Geflüchtete, in die Gemeinde zu ziehen, verringert dadurch die Abwanderung und erhält die Grundschule.

Ort: Golzow

Gründung: 2015

Mitarbeitende: Ortsgemeinschaft

Finanzierung: Amt Golzow

Website: www.amt-golzow.de, www.schule-golzow.de

Vinzenz Hokema

Golzow, einem Dorf im brandenburgischen Oderbruch mit 850 Einwohner_innen, macht der Strukturwandel zu schaffen. Der öffentliche Personennahverkehr ist eingeschränkt, vor zehn Jahren wurde die Oberschule vom Dorf in die nahegelegene Kreisstadt verlegt, die Ärzt_innen im Dorf gehen nach und nach in Rente, der Milchbauernhof schloss 2016 und immer mehr Jobs gehen verloren. Viele wandern ab. Die Gemeinde nimmt das jedoch nicht kampflos hin. Sie sucht aktiv nach neuen Bewohner_innen, pflegt ihr Dorfleben und ihre Feste und will die Bahnanbindung und die ärztliche Versorgung ausbauen.

Als eine wachsende Zahl von Geflüchteten nach Deutschland kam, sah Bürgermeister Frank Schütz das als eine Chance, der Entwicklung im Dorf entgegenzuwirken. Geflüchtete sollten nach Golzow kommen. Damit sollte einerseits ein humanitärer Beitrag geleistet, andererseits sollten neue Einwohner_innen gewonnen werden. Als dann im März 2015 das Schulamt ankündigte, mangels Anmeldungen käme keine erste Klasse in der Golzower Grundschule zustande, kam ein weiterer Grund hinzu: Golzow braucht Kinder. Schütz fuhr in die Erstaufnahmeeinrichtung für Geflüchtete in Eisenhüttenstadt und machte Familien mit einschulungsfähigen Kindern ausfindig. Wenig später entschlossen sich zwei Familien mit je einem schulpflichtigen Kind, nach Golzow zu ziehen. Die erste Klasse kam nun dank der beiden Kinder doch noch zustande.

Die Initiative des Bürgermeisters stieß bei den Dorfbewohner_innen auch auf Gegenwind. Durch die gebotene Eile wurden die Golzower_innen von dieser Entwicklung etwas »überfahren«, so Schütz. Der Landrat drängte auf eine Bürger_innenversammlung. Hier wurde einige Kritik an der Asylpolitik laut. Schütz zufolge kamen die schrillsten Meinungen nicht von Golzower_innen, doch auch von ihnen gab es Ablehnung. Themen waren dabei Sorgen bezüglich der gerechten Versorgung mit Ressourcen und Unterstützungsleistungen. Einige schienen eine Bevorzugung der Geflüchteten zu befürchten. Zur Zer-

streuung dieser Ängste trugen mehrere Faktoren bei: einerseits persönliche Gespräche des Bürgermeisters mit Bürger_innen und andererseits der direkte Kontakt der Bürger_innen zu den geflüchteten Familien. Die Neu-Golzower_innen brachten sich in das Dorfleben ein, beteiligten sich aktiv in der Nachbarschaft und auch die sprachliche Verständigung wurde mithilfe ehrenamtlicher Deutschkurse und der nachfolgenden Integrationskurse zunehmend einfacher. Im Januar 2016 zog eine weitere geflüchtete Familie nach Golzow, auch sie wurde problemlos Teil der Gemeinde.

Das schlagkräftigste Argument, um Alteingesessene zu überzeugen, war, dass die Geflüchteten und das Dorf aufeinander angewiesen sind. Die Schule kann nur mit den neu hinzugekommenen Schüler_innen weiter existieren. Zwar gab es auch im Lehrer_innenkollegium Zweifel, wie man mit den Sprachbarrieren und eventuellen Traumatisierungen umgehen sollte; es nicht anzugehen, schien jedoch keine Option. Die beiden Kinder wurden von Beginn an voll in den Unterricht integriert und erhielten zusätzlich Deutschunterricht, finanziert vom Ortsverein *Golzower für Golzow*. Nach neun Monaten hatte keines mehr Schwierigkeiten, sich verständlich zu machen. Das Klassenziel werden sie »mit Bravour« erreichen, so Grundschulleiterin Gabriela Thomas. Positiv sei gewesen, die Kinder zum Zeitpunkt der Einschulung einzugliedern, wenn alle Kinder sich gleichermaßen in einer völlig neuen Lebenssituation befinden. Trotzdem blieben Hänseleien unter den Kindern nicht aus. Um dem zu begegnen, wurde im Hort eine Wochenbesprechung eingeführt, bei der die Kinder und Lehrenden sich über Konflikte austauschen können. In den oberen Klassen wurde auf den Zuzug mit einer Themenwoche zum Islam reagiert. Dabei waren nicht nur die Grundlagen Thema, sondern beispielsweise auch das Kopftuch Anlass, um allgemein über Kleidung und körperliche Freizügigkeit nachzudenken. Der Islam bot hier Gelegenheit zu einer tiefer gehenden Selbstreflexion und das vermeintlich Fremde wurde weniger eindimensional bewertet und exotisiert.

Obwohl der Zuzug der drei Familien als Erfolg bewertet wird, ist klar, dass die Aufnahmebereitschaft in Golzow nur eine überschaubare Zahl von Menschen umfasst. Einen großen Zustrom von Geflüchteten lehnt das Dorf ab. Das zeigte sich im September 2015, als die Landesregierung plante, in der Turnhalle des Ortes eine Notunterkunft für 150 alleinreisende Geflüchtete einzurichten. Bürgermeister Schütz, die Gemeindeversammlung, die Golzower Alteingesessenen und auch die bereits hier wohnenden Geflüchteten sprachen sich dagegen aus. Schütz argumentiert, das Dorf könne eine so große Zahl von Menschen nicht integrieren, das sei eine Überforderung: »Hier gibt es keine Strukturen, die 150 Menschen beschäftigen, der Sportverein ist ein Feierabendsportverein. Die sitzen dann in einer engen Halle, wo sonst nichts drumherum ist, da wäre der Ärger vorprogrammiert.« Die Gemeindevertretung bat

die Amtsverwaltung, die Pläne zurückzunehmen – die Notunterkunft kam nicht zustande.

Das bedeutet jedoch nicht, dass der Zuzug von weiteren Geflüchteten generell abgelehnt wird. Die Gemeinde bot dem Land im Gegenteil noch einmal an, schrittweise Geflüchtete aufzunehmen. Der Bürgermeister sucht nach einer passenden Familie, ideal wäre ein Arzt oder eine Ärztin, als Nachfolger_in der örtlichen Praxis. Der Ort sucht nach Lösungen für alle ihn betreffenden Probleme gleichzeitig: Ein Ende der Abwanderung, eine Schule im Ort, Verkehrsanbindung und ärztliche Versorgung. In diesem Sinne ist es eindeutig kein Helfersyndrom der Bewohner_innen, das hinter der partiellen Offenheit gegenüber dem Zuzug von Geflüchteten steckt, sondern eher der Wunsch, eine Win-Win-Situation für alle Beteiligten zu erzeugen.

Von der Initiative profitieren proaktive, gebildete Geflüchtete enorm, die schnell als Gewinn für das Dorf erkennbar werden. Offen bleibt jedoch, was mit weniger proaktiven, weniger gebildeten oder stärker traumatisierten Menschen passiert, die sich nicht so ohne weiteres in ein ihnen fremdes Dorfleben integrieren können. Darauf gibt die Anwerbung von Neubürger_innen in Golzow noch keine Antwort. Der Ort geht allerdings den ersten Schritt, überhaupt Geflüchtete im ländlichen Raum zu integrieren. Die Nachbardörfer zögern, diesen Weg ebenfalls zu gehen, dort scheinen die Vorbehalte gegen Migration noch zu groß. Hat dort das treibende Moment der Schule und damit ein eigener Bedarf gefehlt? Klar ist: Die Erinnerung an die eigene Fluchtgeschichte des Dorfes nach dem Zweiten Weltkrieg und die zukunftsorientierte Verteidigung des ländlichen Lebensstils bringen Golzow dazu, Geflüchtete nicht als Belastung zu sehen, sondern als Potenzial.

Queere Unterkunft Berlin

LSBTI*-Geflüchtete erleben vermehrt homo- und trans*-phobe Diskriminierung und Misshandlung in Geflüchtetenunterkünften, zusätzlich sind viele von ihnen stark traumatisiert. Eine Unterkunft ausschließlich für LSBTI*-Geflüchtete, die vom Berliner Senat finanziert und von der Schwulenberatung Berlin betrieben wird, bietet einen geschützten Raum und ein vielfältiges Beratungsangebot für die Bewohner_innen.

Ort: Berlin

Gründung: 2016

Mitarbeitende: 11 Hauptamtliche

Finanzierung: Landesamt für Gesundheit und Soziales Berlin (LAGeSo),
Berliner Schwulenberatung

Website: www.facebook.com/queereUnterkunft.treptow

Vinzenz Hokema

Die *Schwulenberatung Berlin* hat im Februar 2016 die *Queere Unterkunft* eröffnet, um lesbische, schwule, bi-, trans*- und inter*- (LSBTI*-)Geflüchtete unterzubringen, die in Not- und Gemeinschaftsunterkünften bedroht werden. Tatsächlich werden viele LSBTI*-Geflüchtete in ihren Unterkünften diskriminiert und angegriffen; wer die Erfahrung nicht gemacht hat, hat zumindest Angst davor. Es kommt zu Beschimpfungen, Körperverletzungen und Todesdrohungen. Zusätzlich dazu stellen LSBTI*-Geflüchtete eine besonders schutzbedürftige Gruppe dar, weil viele in den Heimatländern langjähriger Diskriminierung ausgesetzt waren und alte Traumatisierungen sowie besondere medizinische Bedarfe haben. Dieser rechtliche Status wird ihnen zumindest in Berlin seit Neuestem zuerkannt, bleibt ihnen aber in anderen Bundesländern meist verwehrt.

Um diesen besonderen Bedarfen zu begegnen, setzte sich die *Schwulenberatung Berlin* 2014 das Ziel, ihr Angebot für Geflüchtete auszuweiten, Unterbringung anzubieten und generell LSBTI*-freundliche Strukturen für Geflüchtete aufzubauen. Nachdem eine Anlaufstelle für LSBTI*-Geflüchtete in der *Schwulenberatung Berlin* eingerichtet wurde, versuchte sie, die Stadtverwaltung von der Notwendigkeit einer geschützten Unterkunft zu überzeugen. Nach dem krisenhaften Sommer 2015 und wachsendem Druck durch immer neue Übergriffe mietete das *Berliner Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo)* schließlich im Februar 2016 einen Neubau in Berlin-Treptow an und verpflichtete die *Schwulenberatung Berlin* als Betreiberin. Ende Februar 2016 konnten die ersten 15 Geflüchteten einziehen, seither füllt sich die Unterkunft schrittweise auf die maximale Kapazität von 122 Personen. Um auch die Per-

sonen beraten zu können, die nicht in der *Queeren Unterkunft* leben, richtete die *Schwulenberatung Berlin* im September 2016 die Fachstelle für LSBTI*-Geflüchtete ein.

Bei der *Queeren Unterkunft* in Treptow handelt es sich gleichzeitig um eine Not- und Gemeinschaftsunterkunft. In der Notunterkunft wohnen Geflüchtete, die in den ersten sechs Monaten ihres Aufenthalts in Deutschland einer Heimpflicht unterliegen und dort voll gepflegt werden. Danach können sie in die Gemeinschaftsunterkunft im selben Haus umziehen, erhalten einen verminderten Sozialhilfesatz und verpflegen sich selbst. Durch diese Doppelstruktur können Geflüchtete vom ersten Tag nach der Registrierung in Berlin in diese Unterkunft einziehen. Die ersten Personen konnten von dort auch schon in eigene Wohnungen umziehen.

Die *Queere Unterkunft* verfügt über eine Mensa und Aufenthaltsräume, zusätzlich wird ein breites Betreuungsangebot aufgebaut: Es gibt psychosoziale Einzel- und Gruppenangebote, ärztliche Versorgung und rechtliche Beratung für Asyl- und Verfahrensfragen. Aufgrund der besonderen Zielgruppe ist der Betreuungsschlüssel höher als üblich. Alle Beschäftigten und Ehrenamtlichen sind selbst LSBTI* und haben teilweise ebenfalls eine Migrations- oder Fluchtgeschichte. So soll ein sicherer Raum geschaffen werden. Die Ehrenamtlichen übernehmen den Küchendienst, geben Deutschkurse und sind eine Brücke in allgemeinere Szenestrukturen wie einen LSBTI*-Sportverein.

Die *Queere Unterkunft* ist weltweit einzigartig. Es gibt zwar Wohnprojekte für LSBTI*-Geflüchtete, allerdings nicht staatlich gefördert und in dieser Größe. In Nürnberg existiert ein kleines Wohnprojekt, die geringen Finanzmittel des Trägervereins ermöglichen jedoch kein großes Zentrum. Berlin ist ein Testballon für viele große Städte in Deutschland: Wenn es in Berlin gelingt, werden andere Städte folgen, hofft der Abteilungsleiter der *Schwulenberatung Berlin*, Stephan Jäkel.

Das Projekt profitiert von der Erfahrung und Größe der *Schwulenberatung Berlin*. Sie kann das Personal, das Wissen, die Finanzmittel und die Professionalität bereitstellen, um den besonderen Anforderungen wie dem Betreuungsschlüssel, den Sprachbarrieren und den starken Traumatisierungen zu begegnen. Sie ist in der Lage, in Vorleistung zu gehen, wenn die staatlichen Gelder erst spät überwiesen werden, was nicht selten vorkommt. Die verschiedenen Projekte der *Schwulenberatung Berlin* können mit der *Queeren Unterkunft* Synergien bilden. Zum Beispiel mit der Integrationsküche, in der einer der Geflüchteten ein Praktikum macht und welche die Mensa der Unterkunft beliefert, oder mit dem Psychologen, der sich die Stunden zwischen der allgemeinen Beratung und der Beratung von Geflüchteten aufteilt. Die etablierten Kontakte der *Schwulenberatung* begünstigen die fortlaufende Sensibilisierung, Supervision und Selbstreflexion. Ebenso wurden gezielt migrantische Mitarbeiter_innen für die Unterkunft eingestellt, um die Zielgruppe auch im

Personal abzubilden. Dieses vielfältige Team nutzt Jäkel für Gespräche, um das Konzept für die Unterkunft immer wieder zu hinterfragen und anzupassen.

Die Arbeit mit Geflüchteten ist ein selbstverständlicher Teil der übrigen Angebote der *Schwulenberatung Berlin* geworden. Jäkel erklärt, dass es überall »der gleiche Kampf ist, den wir führen«; die Homo- und Trans*-Phobie, die unter Geflüchteten verbreitet ist, existiere auch in der deutschen Mehrheitsgesellschaft. Das Sorge für eine sehr hohe Identifikation der Mitarbeiter_innen und Ehrenamtlichen mit den Geflüchteten.

Die *Queere Unterkunft* sieht sich jedoch auch Schwierigkeiten gegenüber, die zumeist mit der allgemeinen Diskriminierung von LSBTI* zusammenhängen. So war die Suche nach einer Immobilie enorm schwierig: Die Unterkunft musste in den Innenstadtbezirken entstehen, damit eine gefühlte Sicherheit im Wohnumfeld wachsen kann. Denn Geflüchtete sind in einigen Berliner Bezirken doppelt bedroht. Sie müssen einerseits Angst vor rassistischen Übergriffen haben, und andererseits vor Homo- und Trans*-Phobie. Die Unterkunft ist zusätzlich stark auf Ehrenamtliche aus der innerstädtischen LSBTI*-Community angewiesen und muss für diese erreichbar bleiben.

Doch während der Schutzraum innerhalb der Unterkunft oft große persönliche Freiheit ermöglicht, besteht Homo- und Trans*-Phobie außerhalb weiter fort. Einerseits darf der Familien- und Freundeskreis oftmals nicht erfahren, dass die Bewohner_innen LSBTI* sind. Andererseits sind insbesondere Beratungs- und Übersetzungssituationen betroffen. Immer wieder geschieht es, dass LSBTI*-Geflüchtete bei Terminen und der Anhörung im Asylprozess beschimpft werden oder Sprachmittler_innen eine Übersetzung verweigern. Häufig bleibt dann keine andere Lösung, als einen Zugang zu den wenigen Fachpersonen und Ehrenamtlichen zu suchen, die selbst LSBTI* sind und im günstigsten Fall selbst Migrationserfahrungen haben. Die in Kapitel 3 vorgestellte Asylverfahrensberatung für LSBTI* versucht hier zu vermitteln.

Ein Grundproblem betrifft nicht nur die Unterkunft, sondern LSBTI*-Geflüchtete generell: Die Asylanträge von Bürger_innen sogenannter sicherer Drittstaaten werden oft innerhalb von drei Wochen nach Einreise abgelehnt. Wer nicht innerhalb von 14 Tagen nach Ablehnung dagegen klagt, kann nicht in Deutschland bleiben. In vielen dieser Herkunftsländer werden LSBTI* jedoch verfolgt. Zusammen ergebe sich de facto eine Verweigerung des Asylrechts für diese LSBTI*-Geflüchteten, so Jäkel.

Trotz aller Widerstände und Schwierigkeiten ist die *Queere Unterkunft* ein enormer Erfolg, erzählt Stephan Jäkel weiter: »Wenn wir die Neuaufnahmen machen, wissen wir sehr schnell, warum wir das machen. Weil die Erleichterung so wahnsinnig spürbar ist, weil es für viele der erste Ort ist, wo sie offen schwul, lesbisch oder trans* sein dürfen.«

Staudenhof Potsdam

Zentrales Wohnen auf Zeit: In einem Plattenbau im Zentrum Potsdams leben Geflüchtete und Alteingesessene Tür an Tür. Dem Gebäude wird damit ein Treffpunkt zum Austausch und gemeinsamen Lernen geschenkt.

Ort: Potsdam

Gründung: 2014

Mitarbeitende: circa 2 Vollzeitstellen und Ehrenamtliche

Finanzierung: Stadt Potsdam, *ProPotsdam*

Website: www.staudenhof-potsdam.de/taetigkeitsberichte.html

Vinzenz Hokema

Der *Staudenhof* ist ein betagter Plattenbau im Potsdamer Stadtzentrum mit insgesamt 184 Wohnungen, direkt neben Nikolaikirche und der *Fachhochschule Potsdam (FHP)*. Seit Juni 2014 leben hier Geflüchtete und Nichtgeflüchtete zusammen. Die Stadt Potsdam hat nach und nach 30 frei werdende Wohnungen angemietet, die sich jeweils zwei bis drei Geflüchtete teilen. Das Gebäude ist damit Teil der Strategie der Landeshauptstadt, die etwa 2000 Geflüchteten in Potsdam möglichst dezentral unterzubringen. Im Wohnungsverbund *Staudenhof* werden die maximal 85 Bewohner_innen vom *Verein Soziale Stadt Potsdam* betreut. Im Erdgeschoss befinden sich ein Veranstaltungsraum, ein von Bewohner_innen und anderen Potsdamer_innen liebevoll gestalteter Begegnungsraum mit Küche, Sitzecke und Kinderbereich, ein Beratungsraum und zwei Büroräume, in denen die Heimleiterin Christine Vermehren und die Sozialarbeiter_innen arbeiten. Der Trägerverein *Soziale Stadt Potsdam* ist eng mit der Wohnungsbaugesellschaft *ProPotsdam* verbunden und betreibt in der Landeshauptstadt ein weiteres Wohnprojekt für Geflüchtete sowie zwei Quartiersmanagementhäuser.

Ziel des Projekts ist die Unterbringung von Geflüchteten nach deren Aufenthalt in den Erstaufnahmeeinrichtungen sowie ihre Beratung und Betreuung im Alltag. Der Wohnungsverbund *Staudenhof* versteht sich als Zwischenstation auf dem Weg in ein unabhängiges Leben in Deutschland, in der die Bewohner_innen das »Fliegen lernen« sollen, so Vermehren. Die meisten bleiben 6 bis 12 Monate, aber auch nach dem Auszug in eine eigene Wohnung halten viele den Kontakt und bringen sich weiter ein. Neben der Organisation der Wohnungen und sozialarbeiterischen Aufgaben bietet der Verein eine Reihe von Aktivitäten an. Viel Initiative geht von der benachbarten Fachhochschule aus, die gezielt eine AG Flüchtlinge gründete, um bestehende Projekte weiterzuentwickeln. Der Bereich zwischen Staudenhof und Fachhochschule wurde

in Zusammenarbeit mit FH-Studierenden bepflanzt und seither gepflegt – wofür die Stadt Potsdam dem Projekt 2015 den *Sonderpreis Nachbarschaft* verlieh. Ebenfalls in Kooperation mit der *FHP* werden gespendete Fahrräder fahrtauglich gemacht und stehen zum Verleih zur Verfügung. Außerdem werden in den Räumen Feste wie Weihnachten und das Zuckerfest gefeiert, es finden Kunstprojekte statt, Bewohner_innen halten Vorträge und kochen gemeinsam. Die verschiedenen Aktionen laufen meist in Kooperation mit anderen Projekten für Geflüchtete, etwa mit dem Frauen-Wohnprojekt des Trägervereins. Für Vermehren steht bei diesen Aktivitäten das Empowerment der Bewohner_innen im Vordergrund. Angebote sollen nicht übergestülpt, sondern zunehmend auch selbst organisiert werden.

Der Wohnungsverbund *Staudenhof* hat sich als neuer Begegnungsort etabliert, was sich auch in den Berichten der Lokalpresse widerspiegelt. Die Initiative verdankt ihren Erfolg mehreren Faktoren: Zunächst ist sie mit diversen Akteuren in Potsdam vernetzt, etwa dem *Quartiersmanagement*, der *FHP*, sozialen Einrichtungen, dem JobCenter oder dem *BAMF*. Durch die Vernetzung können viele Aufgaben schneller erledigt und gute Ideen verbreitet werden – viele Geflüchtete stellen etwa der Heimleiterin eine Vollmacht für JobCenter-Angelegenheiten aus, mit deren Hilfe sich viele Fragen telefonisch klären lassen. So entfallen einige Behördentermine mit Übersetzungsbedarf.

Der *Staudenhof* profitiert zusätzlich von der zentralen Lage und den Räumlichkeiten. Das Projekt ist sehr bekannt und für Potsdamer Geflüchtete und Ehrenamtliche gut erreichbar. Es kann für Workshops und als Treffpunkt genutzt werden und verfügt über W-LAN, das für die Kommunikation der Geflüchteten sehr wichtig ist. Die Durchmischung von Bewohner_innen mit und ohne Fluchthintergrund im Haus sorgt dafür, dass persönliche Beziehungen und Nachbarschaftshilfe entstehen. Die Anfangszeit verlief nicht nur friedlich, doch es blieb bei verbalen Ausfällen; mittlerweile ist Normalität eingezogen. Schließlich ist die Infrastruktur des *Staudenhofs* in alltäglichen Belangen durchaus hilfreich für die Nachbar_innen. Der Verein beschleunigt etwa Reparaturen im Gebäude, die Concierge kann in ihrer Loge in der Eingangshalle Pakete entgegennehmen und steht als Ansprechpartnerin zur Verfügung.

Für Probleme sorgen bei der Arbeit des *Staudenhofs* die bescheidenen Geldmittel, denn eine langfristige Finanzierung ist nicht in Aussicht. Dadurch kann nicht genug Personal eingestellt werden: Für die Bewohner_innen stehen derzeit nur 1,5 Sozialarbeiter_innen zur Verfügung. Der Betreuungsschlüssel ist damit noch vergleichsweise großzügig, reicht jedoch bei weitem nicht aus, um die anstehenden Aufgaben zu bewältigen. Grundsätzlich fehlen Menschen, die Ideen und Konzepte entwickeln und Anträge vorbereiten können. Ein Folgeproblem des Personalmangels ist auch, dass weniger Anträge auf Geldmittel gestellt werden können – ein Teufelskreis. Dazu kommen kurze Vertragslaufzeiten zwischen Stadt und Träger, sie wurden zuletzt im Juni 2016

bis Dezember 2017 verlängert. Auch die Arbeitsverträge können unter diesen Bedingungen nur mit kurzen Laufzeiten geschlossen werden. Eine langfristige Perspektive ist jedoch schon deshalb nicht möglich, weil das Gebäude im Jahr 2022 abgerissen werden soll, um den historischen Stadtkern wiederherzustellen.

Besonders Personal mit zusätzlichen Sprachkenntnissen wäre wichtig. Derzeit spricht das Team Arabisch, Russisch, Englisch und Französisch. Für alle anderen behelfen sich die Mitarbeiter_innen mit Sprachmittler_innen. Für Dari, Paschtu und Tigrinya fehlen letztere leider weitgehend. Mit den zusätzlichen Stellen könnte auch die Wohnungssuche für die Geflüchteten besser unterstützt werden, ebenso die Begleitung im Asylprozess und im Umgang mit Ämtern. Generell wünscht sich Vermehren auch Beratung für junge Eltern, Sexual- und Gesundheitsberatung sowie psychosoziale Betreuung in den Muttersprachen der Geflüchteten.

Der Personalmangel führt auch dazu, dass der *Staudenhof* bereits um 18 Uhr schließen muss, obwohl die Räumlichkeiten und der Bedarf für ein weiteres Programm am Abend existieren. Das Team wird ab September 2016 immerhin von einem Bundesfreiwilligen unterstützt. Unverzichtbar für das Gelingen des Projekts ist das persönliche Engagement des Teams. Vermehren weist darauf hin, dass die Mitarbeiter_innen hier oft mehr geben, als gezahlt wird, und zuverlässig die Initiative ergreifen. Ebenso hilft ihre Fähigkeit zu improvisieren: Das Team hat gelernt, unter schwierigen Gegebenheiten zu arbeiten. Zur Versorgung tragen weiterhin viele Ehrenamtliche bei, die Sprachmittlung, Sprachförderung in Kleingruppen, Kunstprojekte und sogar Jobvermittlung anbieten. So hat ein Ehrenamtlicher binnen eines Jahres zehn Arbeits- und Ausbildungsplätze an Bewohner_innen vermittelt.

Der *Staudenhof* ist trotz der beschriebenen Hindernisse ein wichtiger Bezugspunkt für Geflüchtete in Potsdam und lebt vor, wie gemeinsames Wohnen von Menschen mit und ohne Fluchthintergrund gestaltet werden kann. Hier werden Wege gefunden, sozialarbeiterische und ehrenamtliche Arbeit auch unter schwierigen Bedingungen erfolgreich umzusetzen.

AG Wohnen des Xenion Psychosoziale Hilfen für politisch Verfolgte e.V.

Die Initiative schaltet sich in die schwierige Suche und Vermittlung von Wohnungen für beziehungsweise an Geflüchtete ein und überbrückt damit die bürokratische Leerstelle zwischen Behörden und Ehrenamt.

Ort: Berlin
Gründung: 2015
Mitarbeitende: 5 Hauptamtliche
Finanzierung: Ehrenamt, Spenden
Website: www.xenion.org/angebote/ag-wohnen

Vinzenz Hokema

Die AG Wohnen ist eine Gruppe von fünf Ehrenamtlichen, die seit 2015 den Verein *Xenion Psychosoziale Hilfen für politisch Verfolgte e.V.* dabei unterstützt, Wohnungen für die Klient_innen des Vereins zu finden. Der Verein bietet seit 30 Jahren Traumatherapie und psychosoziale Beratung für Geflüchtete an und ist eine bekannte Adresse in der Berliner Arbeit mit Geflüchteten. Die Therapieerfolge wurden jedoch in den letzten Jahren zunehmend von der belastenden Wohnsituation vieler Klient_innen eingeschränkt. Viele leben in großen Unterkünften mit wenig Privatsphäre und ohne Rückzugsraum. Einer der Hauptgründe dafür ist, dass diejenigen, die sich noch im Asylverfahren befinden oder eine Duldung haben, ihre Mietangebote vom *Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo)* prüfen lassen müssen. Die Behörde ist jedoch im Umgang mit der hohen Zahl von Geflüchteten überfordert. Erschwerend kommt hinzu, dass der Berliner Wohnungsmarkt zunehmend umkämpft wird.

Um die Situation zu entspannen, beauftragte das LAGeSo das *Evangelische Jugend- und Fürsorgewerk (EJF)* damit, die Mietberatungen für Geflüchtete durchzuführen und ihre Anträge entgegenzunehmen. Um über das EJF eine Wohnung zu erhalten, ist ein mehrstufiger Prozess vorgesehen. Nach der Registrierung erfolgt zunächst eine Mietberatung, bei der Geflüchtete Mietangebote vorlegen, die sie auf dem freien Markt gefunden haben. Dabei gibt es Auflagen zu überprüfen: Die Wohnungsgröße muss angemessen sein; Miet- und Heizkosten pro Person sind mit komplizierten Berechnungsmethoden festgelegt. Im Falle einer Bewilligung werden die Geflüchteten in einer zweiten Mietberatung über Rechte und Pflichten auf dem Mietmarkt aufgeklärt. Die Auszahlung von Kautionsmitteln zur Erstausrüstung der Wohnung findet

dann bei einem weiteren Termin am *LAGeSo* statt. Aufgrund der Überlastung am *EJF* und *LAGeSo* entstehen für jeden dieser Termine wochenlange Wartezeiten, weshalb sich diese Prozedur häufig über Monate hinzieht. Vermieter geben die Wohnung deswegen oft schon weiter, bevor diese Schritte durchlaufen werden. Viele Geflüchtete bleiben so über Monate oder Jahre in überfüllten Gemeinschaftsunterkünften, obwohl sie längst in eigene Wohnungen ziehen dürften. Auch das *EJF* ist aufgrund eines zu geringen Personalschlüssels mit der Aufgabe überfordert, die Wohnungssuche der Geflüchteten effektiver und zügiger zu organisieren.

Die *AG Wohnen* erkannte 2015 diese Problemlage und setzte sich zum Ziel, Geflüchteten die Wohnungssuche zu erleichtern. Sie verschaffte sich einen Überblick über die komplexe Bürokratie und baute Netzwerke zu anderen Initiativen auf, die sich mit der Wohnsituation von Geflüchteten beschäftigen. Außerdem nahm sie Kontakt zum *EJF* auf und wurde von diesem in den bürokratischen Abläufen geschult. Die *AG Wohnen* positioniert sich damit an der entscheidenden Schnittstelle zwischen staatlichen Behörden und Klient_innen und Ehrenamtlichen von *Xenion* und anderen Initiativen. Sie entlastet damit beide Seiten. Ihre Mitarbeiter_innen übernehmen die Zusammenarbeit mit dem *EJF* sowie die Prüfung und das Einreichen des Mietangebots. Sie sind Ansprechpartner_innen für die Klient_innen und Ehrenamtlichen, bieten bei Schwierigkeiten Beratung an und achten schließlich darauf, dass alle Bemessungsgrenzen eingehalten und die Anträge vollständig sind. Die Unterlagen werden dann von den Initiativen an das *EJF* weitergeleitet, das sie nur noch prüfen und absegnen muss.

Das *EJF* kann dadurch mehr Fälle bearbeiten, die Registrierung sowie der erste Beratungstermin können entfallen und den Geflüchteten werden wochenlange Wartezeiten erspart. Ein weiterer Erfolg der Initiativen ist, dass die Miete neuerdings ab der Einreichung beim *EJF* rückwirkend gezahlt wird. Das führt dazu, dass den Geflüchteten kaum noch Wohnungen verloren gehen. Die *AG Wohnen* konnte also einerseits praktische Lösungen für die komplizierte Wohnungssuche von Geflüchteten erarbeiten und ein Netzwerk von Initiativen aufbauen, die nun effektiver beraten können. Durch die enge Zusammenarbeit mit dem *EJF* ist es andererseits gelungen, Einfluss auf die bürokratischen Prozesse zu nehmen und strukturelle Verbesserungen zu erreichen. Auch die Kooperation mit Hausverwaltungen und Eigentümer_innen von Wohnungen funktioniert gut. Die Ehrenamtlichen von *Xenion* berichten, dass sich aus ihrer Erfahrung viele Wohnungsanbieter_innen freuen, wenn sich jemand des Themas annimmt. Das zeigte sich auch an den vielen Rückmeldungen auf ein von *Xenion* gesendetes Rundschreiben zur Ermittlung von verfügbarem Wohnraum.

Das große Engagement von Initiativen wie der *AG Wohnen* führt jedoch zu einem unerwünschten Nebeneffekt: Die Initiativen haben es zwar geschafft,

den Engpass im *EjF* teilweise zu entschärfen. Dort werden jetzt allerdings nur noch besonders schutzbedürftige Menschen beraten – alle anderen müssen sich entweder über eine der Initiativen Unterstützung holen oder sind mit der Aufgabe auf sich allein gestellt. Die Behörden hatten zusätzlich vorgeschlagen, eine Kooperation mit den Initiativen zu schließen, die dann dafür verantwortlich wären, die Eignung der Wohnung und die Echtheit der Dokumente zu prüfen. Die AG *Wohnen* lehnte das ab, da sie nicht will, dass diese staatliche Aufgabe auf Ehrenamtliche übertragen wird.

Solche und andere politische Forderungen sind ein weiterer Grund für die Vernetzung mit anderen Initiativen. Ziel ist es, langfristig eine unkomplizierte staatliche Versorgung von Geflüchteten einzufordern. Dann würde die AG *Wohnen* nur noch beim Ankommen und dem nachbarschaftlichen Miteinander unterstützen und nicht mehr die Bürokratie auffangen müssen, so Sarah Müller von der AG *Wohnen*. Auch jetzt gelingt es schon einigen Geflüchteten, trotz der bürokratischen Hürden auch ohne Unterstützung, eine Wohnung über *LAGeSo*-Leistungen zu beziehen. *Xenion* wünscht sich, dass die Schritte zur eigenen Wohnung zu gelangen noch deutlich einfacher werden, denn erst dann kann wirkliche Entspannung einsetzen und das Ankommen im neuen Lebensumfeld in den Fokus rücken. »Ich freue mich persönlich auf den Tag, wenn mal eine Wohnung einfach so vermittelt wird, ohne dass irgendwo noch ein Problem auftaucht«, sagt Bea Fünfrohen, ehrenamtliche Mitarbeiterin bei *Xenion*. Wenn sie nicht länger die bürokratischen Schwierigkeiten auffangen müssten, könnten sie sich zukünftig noch mehr dem gegenseitigen Kennenlernen und nachbarschaftlichen Miteinander zuwenden.

Wohnungswirtschaft Frankfurt (Oder) GmbH

Frankfurt (Oder) bekämpft die Abwanderung, indem gezielt Geflüchtete in den Wohnungsmarkt und die sozialen Netzwerke der Stadt integriert werden. Gleichzeitig wird die interkulturelle Öffnung der Stadtverwaltung und der lokalen Unternehmen gefördert, um eine ernstgemeinte, menschenwürdige Integration zu betreiben.

Ort: Frankfurt (Oder)
Gründung: 2015
Mitarbeitende: 72 Hauptamtliche
Finanzierung: WOWI; Website: www.wowi-ffo.de

Vinzenz Hokema

Frankfurt (Oder) hat ein Abwanderungsproblem. Seit der Wiedervereinigung haben 30.000 Einwohner_innen die Stadt verlassen. Das hat zu einem dramatischen Stadtumbau geführt: Das Wohnungsunternehmen der Stadt, die *Wohnungswirtschaft (WOWI) Frankfurt (Oder) GmbH*, reißt seit der Jahrtausendwende kontinuierlich überflüssigen Wohnraum ab. Als 2015 die Zahlen der Neuankommenden in Deutschland stark anstieg, fehlte es deutschlandweit in vielen Gebieten an Wohnraum, weswegen viele Geflüchtete häufig für lange Zeit in Gemeinschaftsunterkünften lebten. In Frankfurt (Oder) wurden diese beiden Entwicklungen zusammen gedacht: Die WOWI ist bislang deutschlandweit das einzige Wohnungsunternehmen, das sich systematisch für Mieter_innen öffnet, die im Asylprozess stecken.

Ziel der WOWI-Herangehensweise ist es, der Stadt einen Entwicklungsschub zu ermöglichen und die neuen Bewohner_innen, auch nachdem die Residenzpflicht erloschen ist, als Neubürger_innen zu halten. Dafür ist neben der Stadtverwaltung ein großes und engmaschiges Netzwerk aus Unternehmen, Vereinen, Initiativen und Ehrenamtlichen aktiv. Der Leerstand der freien Wohnungen soll gesenkt und der Arbeitsmarkt verbessert werden. Den Geflüchteten soll es außerdem erleichtert werden, eine individuelle Bindung zur Stadt aufzubauen. Kurzum – das Bleiben soll attraktiver werden als ein Umzug in wirtschaftsstärkere Ballungsräume. Deshalb hat die Stadt sich mit der WOWI zum Ziel gesetzt, möglichst viele Menschen, die noch im Asylverfahren sind, in reguläre Mietverhältnisse zu bringen. Sie sollen gleichmäßig verteilt im Gesamtbestand des Wohnungsunternehmens wohnen und nicht konzentriert in wenigen Gebäuden. So soll das Prinzip einer dezentralen und integrativen Unterbringung umgesetzt werden.

Unabhängig von ihrem Anerkennungsstatus soll es Geflüchteten ermöglicht werden, in ihren Wohnungen zu bleiben. Dafür haben die WOWI und die

Stadt im April 2015 eine Kooperationsvereinbarung geschlossen. Bis zu 250 Asylsuchende können bei der WOWI eine Wohnung anmieten und haben als Mieter_innen alle Rechte und Pflichten. Um das Angebot auszuweiten, wurde im Oktober 2015 zusätzlich ein Generalmietvertrag zwischen der Stadt und der WOWI getroffen, so dass insgesamt 100 Wohnungen zur Verfügung stehen. Hier ist die Stadt Mieterin und nicht die Geflüchteten selbst. Sie besorgt die Vermittlung an die Bewohner_innen und die Ausstattung. Wer das Asylverfahren abgeschlossen hat, kann in der Wohnung bleiben und den Mietvertrag übernehmen; die WOWI nimmt dann eine andere freie Wohnung in den Generalmietvertrag auf. Durch die beiden Programme können gleichzeitig bis zu 500 Asylsuchende bei der WOWI wohnen, neben all jenen, die inzwischen einen Status haben und in den WOWI-Wohnungen geblieben sind.

Die WOWI ist sich bewusst, dass es sich um ein großes Vorhaben handelt und wendet viel Energie auf, um es zu meistern. So wurden in Kooperation mit anderen Stellen erstens spezielle Beratungs- und Begleitungsangebote geschaffen, um die Geflüchteten, die nach Maßgabe des Asylgesetzes während der ersten drei bis sechs Monate grundsätzlich in der Gemeinschaftsunterkunft in Frankfurt (Oder) leben, auf das Wohnen in Deutschland vorzubereiten. Themen sind hier etwa Lüften und Beheizen der Wohnung, Müllregelungen und Alltagsregelungen der Nachbarschaft. Bei der Wohnungssuche, Übergabe und den ersten Schritten in der eigenen Wohnung werden sie von ehrenamtlichen Sprachmittler_innen unterstützt. Letztere wurden in einem Lots_innenprogramm der WOWI eigens ausgebildet und sind mehrsprachig.

Die WOWI und die Stadtverwaltung haben sich zweitens einer internen interkulturellen Öffnung verschrieben. Dafür nahmen alle Angestellten mit Kundenkontakt, das heißt Hausmeister_innen ebenso wie Beamte_innen, an speziellen Seminaren teil. Zusätzlich wurden wichtige Dokumente übersetzt. Die WOWI bekam aufgrund dieser Herangehensweise 2015 den *Sonderpreis Integration* des Brandenburgischen Ausbildungspreises verliehen.

Drittens wirbt die WOWI bei den Alteingesessenen offensiv für eine interkulturelle Öffnung und die Akzeptanz des Rechts auf Asyl. Sie nutzt die Mieterzeitung, Anschreiben, Aushänge und hat eine Infohotline für alle Arten von Nachfragen eingerichtet. Die klare Positionierung für das Menschenrecht auf Asyl und gegen Rassismus sowie die vielfachen Informations- und Gesprächsrunden seien absolut notwendig, so die Sozialmanagerin der WOWI, Milena Manns.

Viertens haben alle relevanten Stellen in Frankfurt ihre Vernetzung vertieft: WOWI, Stadtverwaltung, JobCenter, Ausländerbehörde, zivilgesellschaftliche Vereine und Initiativen, religiöse Vereinigungen und Arbeitgeberverbände haben ein Netzwerk mit etwa 50 Knotenpunkten aufgebaut, um auf die Bedürfnisse der Geflüchteten unkompliziert und schnell reagieren zu können.

Dem Vorhaben der *WOWI* half, dass die interkulturelle Öffnung schon begonnen hatte, als 2015 plötzlich alles ganz schnell gehen musste. Die Konzepte zur Inklusion von Migrant_innen lagen bereits vor. Ebenso wichtig war, dass die Stadtverantwortlichen sich schnell einig waren, dass das Recht auf Asyl proaktiv umgesetzt und die Geflüchteten zum Bleiben motiviert werden sollen. Selbst die AfD-Fraktion, immerhin drittstärkste Partei in Frankfurt (Oder), trug die Programme schlussendlich mit und sammelt inzwischen Spenden für Geflüchtete. Die Inklusion von Geflüchteten ist eine Querschnittsaufgabe, für deren Gelingen alle Stellen in der Stadt mitziehen müssen.

Auch die offene und sehr ausführliche Kommunikation mit den Alteingesessenen spielt für diesen Prozess eine tragende Rolle: »Sonst würde es nicht funktionieren«, sagt Milena Manns. Denn neben der nachbarschaftlichen Hilfe und dem großen Engagement von Vereinen gibt es auch offenen Rassismus. In den Häusern der *WOWI* gab es im Jahr 2015 bereits einen gewaltsamen, rassistisch motivierten Übergriff. Trotzdem: Die Offenheit der *WOWI* gegenüber Geflüchteten hat sich in Brandenburg bereits herumgesprochen. Viele, die im Umland einen Aufenthaltsstatus bekommen haben, ziehen hierher, allein im Sommer 2016 waren es 37 Personen. Die Stadt hofft, dass etwa die Hälfte der Geflüchteten in Frankfurt (Oder) bleiben wird. Die Abwanderungsproblematik kann die Stadtverwaltung allein damit jedoch keineswegs auffangen.

Momentan kosten die Inklusionsprogramme die *WOWI* mehr Geld, als durch zusätzliche Mieten eingenommen wird. Das Unternehmen ist allerdings in der Lage und willens, die Kosten aus Hausmitteln zu stemmen, da es die Aufgabe offenbar jenseits von Profitinteressen umfassend angehen möchte. Es geht um die Frankfurter Stadtentwicklung, und das nimmt die Stadt mit der *WOWI* zum Anlass, sich aktiv für einen gesamtdeutschen Prozess in der Immigrationsgesellschaft einzusetzen, indem sie die interkulturelle Öffnung vor Ort voran treibt. Eine vermeintliche Belastung wird hier zu einer Chance für die Stadt.

